

Überlegen Sie sich einmal: Vor wenigen Wochen haben wir noch einen heftigen Streit über die Laufzeitverlängerung geführt. Der Atomkonsens ist aufgekündigt und die Beteiligung des Bundesrates, das heißt der Bundesländer, ist abgelehnt worden. Die Verfassungsklage der Länder auf Beteiligung läuft zurzeit noch. Dass auf der einen Seite die Beteiligung der Bundesländer abgelehnt wurde, aber auf der anderen Seite die Bundeskanzlerin die Länder jetzt zusammenruft, um das Problem mit ihnen zu diskutieren, ist eine fatale Satire.

(Minister Johannes Remmel: Unglaublich!)

Ich glaube, Ihr Nachdenken, Herr Laschet, ist nicht ehrlich. Wenn es ehrlich wäre, würden Sie wenigstens der Beteiligung der Bundesländer den Weg frei machen; das wäre ein Leichtes. Dann bräuchten Sie sich nicht solche Konstruktionen wie das Zusammenrufen der Bundesländer in verschiedensten Formen zu überlegen. Machen Sie den Weg für eine Beteiligung der Bundesländer frei, das wäre wenigstens ein Anfang.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Ereignisse in Japan geben auch Anlass zur Überprüfung der in Nordrhein-Westfalen noch betriebenen kerntechnischen Anlagen. Ich habe den Bundesumweltminister, Herrn Dr. Röttgen, aufgefordert, die nordrhein-westfälischen kerntechnischen Anlagen in das Überprüfungsprogramm der deutschen Kernkraftwerke mit einzubeziehen. Zudem werden wir natürlich auch selbst die Anlagen intensiven Sicherheitsüberprüfungen unterziehen.

Selbstverständlich werden wir uns auch mit den Sicherheitsstandards der außerhalb unserer Landesgrenzen gelegenen Kraftwerke beschäftigen. Dazu haben wir mit den entsprechenden Partnern die Kontakte aufgenommen – ob in den Niederlanden oder in Belgien –, um ins Gespräch zu kommen.

Bei aller Tragik: Die Atomkatastrophe in Japan muss zukunftsweisende Folgen für die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich denke, die Bundesregierung ist aufgefordert, die gesamte Energiepolitik neu auszurichten. Unsere Vorschläge liegen seit Langem auf dem Tisch. Sie müssten nur aufgegriffen und ehrlich diskutiert werden, dann kämen wir schon eine ganze Ecke weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Inhalt des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1542** der Fraktion Die Linke. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Linke. Wer stimmt dagegen? –

Die Fraktionen von CDU, FDP, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Inhalt des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1543** der Fraktion der CDU ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP enthält sich. Somit ist auch dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Damit sind wir am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

2 Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 und Konsequenzen für die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen

Der Antrag auf Sondersitzung stammt vom 16. März. Die Beratung ist damit erbeten. Die Fraktionen haben sich inzwischen auf eine Redezeit für diesen Tagesordnungspunkt verständigt, nämlich auf Redeblock III.

Zur Begründung des Antrags erteile ich für die antragstellenden Fraktionen zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Politik ist es, die Handlungsfähigkeit des Staates in der Gegenwart, aber auch für die Zukunft sicherzustellen. Das ist deswegen eine der wichtigsten Aufgaben von Politik, weil unsere Bürgerinnen und Bürger auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind. Dieses gilt ganz besonders für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft.

Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind freiheitliche soziale Rechtsstaaten. Die Handlungsfähigkeit des Staates ist auch Voraussetzung für die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen bin ich froh über das Urteil des Verfassungsgerichtshofs. Denn in dem Urteil heißt es – ich zitiere –: Mit der Festlegung der Schuldengrenze dient die Landesverfassung

„dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwältigung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.“

Das heißt: Die Schuldengrenze der Verfassung dient der Nachhaltigkeit. – Oder um es ganz einfach

auszudrücken: Die Schuldengrenze der Verfassung zwingt uns jetzt handelnde Politiker, auch im Auge zu haben, dass die nachfolgende Generation einen handlungsfähigen Staat organisieren kann.

(Beifall von der CDU)

Folgerichtig hat das Gericht auch den Maßstab für die Festlegung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Urteil ohne Frage sehr hoch gelegt. Zweitens hat das Gericht auch strenge Kriterien für Maßnahmen festgelegt, die einer möglichen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenwirken sollen. Die zusätzlichen Aufgaben müssen also geeignet sein, diese Störung zu beheben.

Ich bin ganz sicher, dass dieses Gerichtsurteil seriöse finanzpolitische Debatten bei uns in Nordrhein-Westfalen und auch darüber hinaus verändern wird, denn sowohl die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wie auch die damit begründete Verschuldung sind nicht mehr so leicht begründbar, wie das vielleicht in der Vergangenheit war.

Deshalb glaube ich, Frau Kraft, dass Ihre Auffassung einer präventiven Haushaltspolitik, so wie ich sie bis jetzt verstanden habe,

(Karl Schultheis [SPD]: Das scheint das Problem zu sein!)

so wie Sie sie dargestellt haben, schlicht und ergreifend nicht mehr möglich ist, weil sie mit dem Nachhaltigkeitsgebot unserer Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie scheitert deshalb, weil bei Ihnen und der gesamten Landesregierung kein Sparwille erkennbar ist. Er ist auch deswegen nicht erkennbar, weil er schlicht und ergreifend nicht vorhanden ist.

In dieser Debatte über die Frage, wie viel Zukunftslasten wir einer nachfolgenden Generation hinterlassen dürfen, bin ich auf einen interessanten Bericht der Grünen-Fraktion aus dem Jahre 2006 gestoßen, den sogenannten Abschlussbericht Ihrer Kommission, Herr Priggen, für eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Zuruf von der Regierungsbank: Rüdiger Sagel! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war ich nicht! Im Gegenteil! Ich weiß, wer das unterschrieben hat! Mein Name stand da nicht drauf!)

Das war ein viel beachteter Bericht. Er hat damals in den Medien eine große Rolle gespielt. In diesem Bericht haben die Grünen die damalige Konsolidierungspolitik der CDU-Landesregierung kritisiert. Sie haben gesagt, sie sei nicht ausreichend. Die Grünen-Kommission hat 2006 im Grunde eine Verschärfung der Verschuldungsgrenze in der Verfassung vorgeschlagen.

Ich zitiere aus dem Bericht: Zur dauerhaften Vermeidung einer nachfolgende Generationen belastenden Haushaltspolitik ist die Verschuldungsgrenze dahin gehend abzuändern, dass jegliche Lastenverteilung ohne korrespondierenden Nutzen ohne Ausnahme verboten wird.

Weiter heißt es: Es sollte überlegt werden, ob die Schwelle einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht gesenkt werden sollte, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Folgen einer nicht nachhaltigen Haushaltspolitik und Verschuldungspolitik bezahlen müssen, eine rechtsstaatlich wirksame Abwehrmöglichkeit haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das heißt also, dass man damals seitens der Grünen vorgeschlagen hat, ein Rechtsinstrument zu schaffen, das die nachfolgende junge Generation in unserem Land vor einer Verschuldungspolitik einer Parlamentsmehrheit in diesem Hause schützt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Etwas anderes kann das ja nicht heißen. – Jetzt stelle ich einfach, Herr Priggen und die Fraktion der Grünen, fest: Jetzt sind Sie Mehrheit, und wir mussten mit dem Gang zum Verfassungsgericht die nachfolgende Generation vor der Verschuldungspolitik Ihrer Mehrheit schützen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich wäre ja heute sehr dankbar dafür, wenn ich einmal erklärt bekäme, was sich denn in den letzten fünf Jahren so geändert hat, dass Sie das alles mitmachen, was Sie zurzeit mitmachen. Wenn man einmal so gedacht hat, muss das doch richtig wehtun, einer solchen Finanzpolitik von Frau Kraft hier im Parlament zu einer Mehrheit zu verhelfen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Wie lautet Ihre mittelfristige Finanzplanung für 2011? – Zurufe von der CDU: Oh! – Manfred Palmén [CDU]: 160 Milliarden für 2014!)

– Ich komme gleich dazu.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Die Reaktionen aus dem Regierungslager auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs haben mich nicht nur gestört, sondern geradezu entsetzt. Man hat einfach erklärt, es sei objektiv nicht möglich, in Nordrhein-Westfalen einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Es gab sogar Interviews, in denen Horrorszenarien an die Wand gemalt wurden, dass die Entlassung von mehr als 20.000 Landesbediensteten notwendig sei, um zu einem verfassungsgemäßen Haushalt zu kommen.

Ich glaube, dass diesen Horrorszenarien jegliche Grundlage fehlt. Sie halten nämlich die Möglichkeit, auf der einen Seite zum Beispiel in Bildung zu investieren, was ich unterstütze, und auf der anderen Seite zu sparen, damit für ausgeschlossen. Sie wol-

len der Öffentlichkeit schlicht und ergreifend nicht die Wahrheit sagen. Im Grunde wollen Sie heute wieder Ihre Klientelpolitik machen, die Sie schon vor 2005 gemacht haben. Sie haben keine neuen Ideen. Sie regieren mit Ihren alten, angestaubten Rezepten. Und jetzt versuchen Sie, Ihrer alten rot-grünen Schuldenpolitik – durch die Linken ist dieser Kurs sicherlich noch verschärft worden – mit dem Thema „präventive Finanzpolitik“ einen neuen Anstrich zu geben.

Dass es auch anders geht, hat die CDU-Regierung zwischen 2005 und 2010 bewiesen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch nicht! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ruhig an! Ich komme noch zu den Zahlen. – Jürgen Rüttgers und Helmut Linssen haben bewiesen, dass Konsolidierung und gleichzeitiges Investieren möglich sind. Die Fakten sind ja in den Haushalten nachzulesen. Wir haben über 3,8 Milliarden € mehr in Bildung und Kinder investiert – es ist sicherlich ohne Streit, dass das so war; es ist auch in den Haushaltsplänen nachzulesen – und gleichzeitig konsolidiert. Die Neuverschuldung im Regierungsjahr 2006 lag nachweislich bei 3,2 Milliarden €. Die Neuverschuldung 2007 lag bei 1,9 Milliarden €. Die Neuverschuldung 2008 lag bei 1,1 Milliarden €. 2009 lag sie bei 5,6 Milliarden €. Das Haushaltsjahr 2010 wird sicherlich mit einer Neuverschuldung von 5 Milliarden € abgeschlossen werden.

Das heißt, in den fünf von uns mit Mehrheit verabschiedeten Haushalten lag die Verschuldung bei insgesamt 16,8 Milliarden €. Gleichzeitig wurden – das ist sicherlich auch ohne Streit; das ist im Haushalt nachlesbar – Rücklagen und Haushaltsüberschüsse in Höhe von 3 Milliarden € gebildet. Das bedeutet, die effektive Erhöhung der Verschuldung zwischen 2006 und 2010 lag bei 13,7 Milliarden €, obwohl die Riesensumme von 3,8 Milliarden € zusätzlich in Kindergärten und Bildung investiert worden ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie dagegen planen in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 nach dem uns jetzt vorliegenden Haushaltsplan 30 Milliarden € neue Schulden. Hätten wir Sie nicht mit unserem Gang nach Münster gestoppt, hätten Sie schon jetzt 10,7 Milliarden € neue Schulden gemacht.

Ihre Haushaltseckzahlen drehen sich, seitdem Sie regieren, schneller als eine Fahne im Wind. Ich komme nur zu dem Zahlenwerk im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2010, das Sie dem Parlament vorgelegt haben. Bei der Einbringung im September 2010 haben Sie gesagt: Wir brauchen eine Nettoneuverschuldung von 8,9 Milliarden €. Im November haben Sie eine Ergänzungsvorlage ge-

macht. Da betrug die Nettoneuverschuldung noch 8,4 Milliarden €. Ihr vorläufiger Haushaltsabschluss Ende Januar 2011 kam auf einmal mit 7,1 Milliarden € neuen Schulden aus. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs werden wir nun das Jahr 2010 mit 5 Milliarden € neuen Schulden abschließen. Im Übrigen – ich bin damals dafür sehr kritisiert worden – haben wir Ihnen schon in unserem Antrag im Dezember exakt diese Zahl vorausgesagt.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Veränderung der Zahlen und aufgrund dessen, dass die eingebrachten Zahlen nicht stimmen, muss ich doch den Eindruck haben, dass die Regierung Haushaltsentwürfe schlicht und ergreifend nicht ernst nimmt. Früher haben die Zahlen gestimmt. Damals gab es diese großen Unterschiede nicht. Sie verfügen doch über ein Finanzministerium, das Ihnen jede Woche sagt, wie sich die Steuereinnahmen und die Haushaltsreste in diesem Land entwickeln. Warum liegen Sie eigentlich bei diesen Zahlen gegenüber dem Parlament so stark daneben? Dahinter kann doch nur stecken, dass Sie es nicht wollen oder dass Sie es nicht können. Und beides ist schlimm genug!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin von Beruf Handwerker. Als ich in der Lehre war, hat mein Meister immer gesagt: Du musst dich immer, wenn du etwas machst, von Anfang an bemühen, möglichst genau zu arbeiten. Die Ungenauigkeit kommt von selber. Wenn man schon denkt, es kommt nicht so darauf an, und man fängt an, ungenau zu arbeiten, dann wundert man sich, wo man hinkommt. – Ich kann Ihnen sagen: Ich habe den Eindruck, dass Sie aufgrund Ihrer Ideenlosigkeit im Bereich der Finanzpolitik meinen: Es kommt gar nicht darauf an. Wir legen mal etwas fest, und dann wollen wir gucken, wie es sich entwickelt. – So kann man keine Haushaltspolitik betreiben.

Ich sage Ihnen voraus: Ähnlich werden sich die Zahlen beim Haushalt 2011 entwickeln. Laut Kabinettsbeschluss vom 21. Dezember, also drei Tage vor Weihnachten, sollte die Nettoneuverschuldung 7,8 Milliarden € betragen. Mitte Februar sagen Sie: Wir kommen mit 7,1 Milliarden € Schulden hin. Wir wissen, dass gestern im Kabinett über eine Ergänzungsvorlage – die zwar verworfen wurde – gesprochen worden ist, nach der Sie bei 6,5 Milliarden € gelandet wären.

Wenn Sie sagen, Sie können das jetzt nicht vorlegen, und das dem Vernehmen nach damit begründet wird, Sie müssten zunächst einmal das Urteil des Verfassungsgerichtshofes 2010 umsetzen, um dann für einen Haushalt 2011 Ergänzungsvorlagen zu machen, ist das auf jeden Fall der Beweis, dass wir zurzeit in den Ausschüssen unseres Parlamentes keinen aktuellen Haushaltsplan beraten, sondern eine völlig veraltete Vorlage, die eigentlich Beratungen eines Haushaltsgesetzgebers – und das

ist das wichtigste Recht eines Parlaments – gar nicht mehr standhält.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir werden das dieses Jahr alles sehen. Alle Zeichen weisen deutlich darauf hin, dass wir Gott sei Dank in diesem Jahr hohe Steuereinnahmen haben werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Lassen Sie den lieben Gott aus dem Spiel!)

Sie werden vorsichtig geschätzt wahrscheinlich Mehreinnahmen von wahrscheinlich 1,4 Milliarden € verbuchen können, alleine bei den Steuern 1,1 Milliarden €. Wir sind sehr gespannt darauf, wie Sie den Haushalt nach den Mai-Steuerschätzungen anfassern werden. Fakt ist, dass wir im Januar und Februar rund 850 Millionen € Steuern mehr als veranschlagt eingenommen haben. Darüber kann man sich freuen; ich freue mich auch darüber. Sie werden den Haushalt aber korrigieren müssen.

Meine Damen und Herren, deswegen werden Sie bei den Einsparungen, die Sie vorgesehen hatten, bei den Steuermehreinnahmen ganz schnell bei einem Haushalt liegen können, der vielleicht gut 5 Milliarden € neue Schulden ausweist. Dann müssten Sie noch bereit sein, auf rot-grüne Wahlgeschenke zu verzichten: zum Beispiel den Wegfall der Studiengebühren mit 125 Millionen €, das beitragsfreie Kindergartenjahr mit 250 Millionen €. Alleine Herr Remmel soll 55 Millionen € mehr bekommen. 8,5 Millionen € sind für eine Landespräventionsstelle und 5 Millionen € für den Neuaufbau von Regionalstellen „Frau und Beruf“ vorgesehen. Verzichteten Sie auf Ihre 2.000 neuen rot-grünen Stellen! Das macht 100 Millionen € aus. Halten Sie an den Stelleneinsparungen in Höhe von 1,5 % fest! Das macht 10 Millionen € aus. Wir sind uns in einem Punkt einig: Den Kommunen muss geholfen werden. Lassen Sie den Kommunen durch ein Sondergesetz gezielt eine Konsolidierungshilfe von 650 Millionen € zukommen.

Mit diesen wenigen Veränderungen können Sie ohne Frage an eine Verschuldungsgrenze von 4 Milliarden € kommen, ohne Personal zu entlassen und Ihre Horrorszenerien zu verwirklichen. Sie müssen nur den Mut haben, die rot-grünen Wahlgeschenke aufzukündigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen fand ich ein interessantes Zitat, das ich Ihnen gerne vorlesen möchte:

„Mehr Schulden heißt weniger Geld für politische Gestaltung. Von höheren Staatsschulden profitieren nur die, die so viel Geld haben, dass sie sich Aktien von Banken leisten können. Deshalb war die Einführung der Schuldenbremse auch eine sozialpolitisch richtige Maßnahme.“

Meine Damen und Herren, das ist nicht das Zitat eines CDU-Finanzpolitikers, sondern das ist das Zitat Ihres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel vom 8. Januar 2011 in der „Süddeutschen Zeitung“. – Das heißt, Frau Kraft: Sie sind mit Ihrer Auffassung einer präventiven Finanzpolitik nicht nur die einzige Regierungschefin in ganz Europa, die das so sieht – alle anderen sind dabei, zu konsolidieren –, sondern Sie sind auch noch in Ihrer Partei eine Exotin. Das Problem ist nur, dass Sie Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen sind und dieses Land in die Schuldenfalle drücken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass nach dem Urteil von Münster für die Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen eines ganz wichtig ist: Alles, was wir durch die gute Konjunktur an Steuereinnahmen mehr haben, müssen wir einsetzen, um die Verschuldung unseres Landes zu senken.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Selbstverständlich!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist auch notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Staates in schwierigen Zeiten erhalten zu können.

Die Wiedervereinigung 1990, die auch nicht planbar war, wäre finanzpolitisch noch schwieriger geworden, wenn es nicht die Konsolidierungsphase vor 1990 gegeben hätte. Der letzte Haushalt im Bund vor der Wiedervereinigung war seit vielen Jahrzehnten der einzige ohne neue Schulden.

Ich bin sicher, dass wir auch mit dieser Bankenkrise in Deutschland nicht so fertig geworden wären, wenn es vorher nicht die Konsolidierungsphase in Nordrhein-Westfalen sowie in Berlin in der Großen Koalition gegeben hätte. Deswegen ist es wichtig, dass wir für zukünftige Handlungsfähigkeit das Jahr 2011 zu einem Konsolidierungsjahr nutzen, um die Handlungsfähigkeit unseres Staates für die Herausforderungen, die vielleicht morgen oder übermorgen auf uns zukommen, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten zu können, und dass wir nicht dann, wenn es uns gut geht, alles verfrühstückten, was wir dann dringend brauchen. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor einer Woche hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen das rot-grüne Nachtragshaushaltsgesetz 2010 für null und nichtig erklärt. Dieses Urteil des Verfassungsge-

richts ist vor allem ein Sieg für die nachfolgenden Generationen, denn das Gericht hat sie, die nachfolgenden Generationen, davor bewahrt, noch Jahre und Jahrzehnte die Zinsen und Zinseszinsen für neue Schulden zu zahlen, die Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, ohne Not und unter Bruch der Verfassung aufnehmen wollte. Das ist die klare Aussage des Gerichts.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und dieses Urteil, meine Damen und Herren – das ist zu Recht auch in dieser Klarheit kommentiert worden –, aus der letzten Woche hat historische Dimension. Niemals zuvor hat ein Gericht der Verschuldungspolitik so klar und eindeutig einen Riegel vorgeschoben.

Während SPD und Grüne meinten, die in der Landesverfassung verankerte Verschuldungsgrenze ohne großes Aufheben beiseite wischen zu können, hat der VGH herausgestellt: Die Festlegung der Verschuldungsgrenze diene – ich zitiere das Verfassungsgericht –

„dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.“

Das, meine Damen und Herren, ist ein eindrucksvolles Plädoyer für mehr Generationengerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist zugleich zweifelsfrei eine schwere Niederlage für Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, und – das muss man so eindeutig feststellen – auch für Sie persönlich. Sie waren ja diejenige, die diese Verschuldungspolitik bis in die letzten Tage hinein zu rechtfertigen versucht hat.

Heute wollen wir von Ihnen hören – das ist der Kern der heutigen Debatte –: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem historischen Urteil des Verfassungsgerichts, meine Damen und Herren?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir waren als Opposition selten so gespannt auf Stellungnahmen der Regierung wie heute. Eines darf ich vorausschicken: Wir wollen heute wirklich hören, was Sie verändern wollen, meine Damen und Herren. Kommen Sie uns bitte nicht mit der Botschaft: Wir wollen keine Veränderungen vollziehen, alles bleibt so, wie es ist. – Das hat das Verfassungsgericht ausgeschlossen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihre Verschuldungspolitik kann so nicht weiter fortgesetzt werden. Ich hoffe sehr, Frau Ministerpräsidentin, dass diese Botschaft in Ihrer Regierung jetzt auch angekommen ist. Der Finanzminister oder – am besten – Sie persönlich haben gleich die Gelegenheit dazu, das hier vorzutragen.

Ich fand es bemerkenswert, dass die SPD am Wochenende noch auf ihrer Parteikonferenz in Gelsenkirchen nicht den Eindruck erweckt hat, sie habe die Botschaft verstanden. Da philosophiert Herr Römer über eine Neudefinition des Investitionsbegriffs. Ich habe Ihnen das zur Erleichterung Ihrer Arbeit einmal mitgebracht, Herr Kollege Römer: § 10 Haushaltsgrundsatzgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hier ist der Investitionsbegriff klar definiert. Wenn Sie allen Ernstes versuchen wollen, diesen Investitionsbegriff neu zu interpretieren, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Bundesratsinitiative.

Ich prophezeie Ihnen: Ein weiterer Versuch, die klaren Vorgaben des Verfassungsgerichtes zu unterlaufen, wird daneben gehen, Herr Kollege Römer. Er wird daneben gehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Verfassungsgericht hat sich auch nicht die verschiedenen Versuche bieten lassen – darüber sind wir außerordentlich froh –, Druck auf das Gericht auszuüben. Ich darf an die Aussage der Ministerpräsidentin erinnern, sie sei gespannt auf die Entscheidung und – ich zitiere – sie hoffe, dass das Gericht die Sensibilität habe, die Gewaltenteilung weiter gelten zu lassen.

Das Verfassungsgericht, meine Damen und Herren, braucht keine Lehrstunde von der Regierung in Sachen Gewaltenteilung. Das will ich hier noch einmal in aller Klarheit betonen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Bei solchen Debatten kommen immer die Rechtsstaatsbewahrer der Linkspartei sofort um die Ecke. Ich will Ihnen einmal vortragen, damit jedem auch klar ist, welche Positionen dort vertreten werden.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Da hat Herr Kollege Aggelidis im HFA am 17.03. Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Er hat die „Süd-deutsche“ zitiert!)

Das Urteil ist sehr schlimm für NRW. Es ist ein schwarzer Tag der Rechtsgeschichte, weil es einen neoliberalen Ungeist vor sich herträgt und sich in wesentlichen Teilen an die Stelle des Haushaltsgebers stellt.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der Linkspartei, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, weshalb es nach wie vor angemessen und

notwendig ist, dass Ihre Partei vom Verfassungsschutz beobachtet wird, dann haben Sie diesen Beweis einmal mehr erbracht.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Lesen Sie eigentlich auch Zeitung, die „Süddeutsche“ zum Beispiel? Da könnten Sie das Zitat finden!)

Frau Ministerpräsidentin, ich würde mir wünschen, dass Sie zu den Ausfällen Ihres heimlichen Koalitionspartners gegen die Rechtsstaatlichkeit in Nordrhein-Westfalen endlich einmal klare Worte verlieren, Frau Ministerpräsidentin. Das wird höchste Zeit.

(Beifall von der FDP)

Wir haben von Beginn an vor der Verfassungswidrigkeit des Haushaltes gewarnt. Der Finanzminister hatte für diese Warnungen nur Hohn und Spott übrig. Inzwischen wird er selber bei Aschermittwochs-Veranstaltungen der Grünen durch den Kakao gezogen. Herr Finanzminister, es würde mir auch zu denken geben, wenn der Bundesvorsitzende der Grünen ausgerechnet noch in Ihrer Heimatstadt Köln Ihnen seine Aschermittwochs-Reden widmet und dann beispielsweise sagt, Ihre „Mir-san-mir-Haltung“ müsse endlich beendet werden. Im Übrigen sei klar, dass die Grünen nicht nur in der Bildungspolitik, sondern inzwischen auch in der Haushalts- und Finanzpolitik besser seien als die SPD. – Das würde mir zumindest zu denken geben.

Gucken wir jetzt nach vorne. Wir erwarten von der Regierung, dass Sie darlegt, welche Konsequenzen sie ziehen will. Das gilt

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie kennen nur eine Konsequenz: kaputtsparen!)

zum einen für die Begründung der Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Sie werden neue Argumente vortragen müssen.

Der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen – wo ist er?, gerade war er noch da, jetzt ist er schon wieder weg –, der große Unbekannte, leistet zu dieser Debatte über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes bemerkenswerte Beiträge. Ansonsten hört man nichts von ihm. Aber zu dieser Debatte äußert er sich regelmäßig.

Herr Voigtsberger sagt am 13.12. – ich zitiere jetzt immer den nicht mehr anwesenden Wirtschaftsminister –: Die Weichen stehen auch 2011 in Nordrhein-Westfalen auf Wachstum. Der Aufschwung wird im kommenden Jahr vorwiegend von der Binnenkonjunktur getragen. – Herr Voigtsberger am 13.12.!

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Am 25.01.: Die Stimmung unter den Mittelständlern in Nordrhein-Westfalen ist noch besser als im Bund. Das ist neben den aktuellen Konjunkturprognosen ein ermutigendes Signal dafür, dass NRW auf stabilem Wachstumskurs ist. – So Herr Voigtsberger.

Noch besser, vor wenigen Tagen, am 28. Februar, verkündet der Wirtschaftsminister jubilierend: Die gute Stimmung hat alle Wirtschaftsbereiche erfasst. Wieder gute Nachrichten für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Sie sind ein weiteres Signal dafür, dass sich der robuste Aufschwung im Land fortsetzen wird. –

Das als Textstellen für Ihre Begründung, Herr Finanzminister, der fortdauernden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich will Ihnen die Arbeit ja gerne erleichtern.

Wir sind natürlich auch noch gespannt, wie Sie die einzelnen Maßnahmen bewerten wollen; denn auch dazu hat der VGH ganz konkrete Vorgaben gemacht. Wie das beitragsfreie Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studienbeiträge die Binnenkonjunktur ankurbeln sollen, das sollten Sie der interessierten Fachöffentlichkeit, dem Parlament

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Keine Sorge!)

– ich mache mir da keine Sorgen; ich bin froh, dass ich Ihre Sorgen nicht habe, Frau Ministerpräsidentin – und auch dem Verfassungsgericht noch einmal darlegen. Also: Auch darauf erwarten wir heute Antworten.

Ich will auf eines abschließend noch hinweisen, meine Damen und Herren.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das war's? Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Jedes Jahr kommen in Nordrhein-Westfalen etwa 150.000 Kinder zur Welt. Alleine mit Ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011, Frau Ministerpräsidentin, legen Sie jedem dieser Neugeborenen mehr als 45.000 € Schulden in die Wiege.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das sind Milchmädchenrechnungen!)

Ist das sozial verantwortliche Politik für junge Menschen, Frau Ministerpräsidentin? Nein! Eine solche Verschuldungspolitik, wie Sie sie bisher betrieben haben, ist das Gegenteil von nachhaltig, das Gegenteil von sozial verantwortlich. Das Verfassungsgericht hat Ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Und heute wollen wir hören, wie Sie darauf reagieren.

Ich sage Ihnen noch eines: Auch wir werden Vorschläge für die Sanierung des Haushaltes vorlegen.

(Zurufe von der SPD: Hoi, hoi! – Heike Gebhard [SPD]: Da sind wir aber gespannt!)

– Ja, aber Sie regieren jetzt. Sie sind am Zug. So ist es, wenn man Regierungsverantwortung trägt. Dann muss man auch zeigen, ob man dieser Verantwortung gerecht werden kann. Der Finanzminister und die Ministerpräsidentin sind dazu aufgeru-

fen, das gleich, wenn sie es können, unter Beweis zu stellen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die SPD spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Papke, ich habe das verstanden: Sie wollen die Spannung hochhalten, bis Sie mit irgendeinem konkreten Vorschlag kommen. Wir warten darauf!

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, eine Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags zu beantragen und dann diese beiden Reden hier abzuliefern, das ist wirklich Zeitverschwendung. Sie hätten sich das sparen können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Landesliga)

Gleich zu Beginn in aller Klarheit: Selbstverständlich – ich gebe das gerne zu – hätte auch ich mir ein anderes Urteil des Verfassungsgerichtshofs gewünscht,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sind am Zug!)

vor allem auch deshalb, Herr Kollege Papke, weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass es richtig und vernünftig ist, ganz im Sinne der Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates, Herr Kollege Laumann, finanzielle Vorsorge durch zweckgebundene Rücklagen, durch die Zuführung zu Sondervermögen für zukünftige Ausgaben zu bilden, die so oder so, meine Damen und Herren, auf uns alle zukommen werden – Ausgaben, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die aus Risiken entstanden sind und entstehen, die Sie uns hinterlassen haben. Das sind Zahlungsverpflichtungen, die Ergebnis Ihrer Politik sind. Da kommen Sie nicht raus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und von der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU]: Hören Sie doch bloß auf!)

– Ich komme darauf gleich zurück. Ich rechne Ihnen das noch im Einzelnen vor.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs gesprochen. Es gilt. Wir haben uns alle daran zu halten. Und wir werden uns selbstverständlich daran halten. Der Verfassungsgerichtshof, Herr Kollege Laumann, hat den Nachtragshaushalt 2010 für nichtig erklärt, und zwar den gesamten Nachtragshaushalt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Gott sei Dank! Gut so!)

Denn Sie haben ja auch nicht Teile des Nachtragshaushalts beklagt. Ich hatte auch bei den Reden gerade den Eindruck, dass manchen von Ihnen bei der Konsequenz aus diesem Urteil mulmig geworden ist und Sie heute den Eindruck zu erwecken versuchen, auch in den Ausschüssen, als hätten Sie nur Teile beklagt. Deshalb die klare Feststellung: Alle mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen Ausgaben verlieren mit dem Urteil die aus diesem Gesetz entstandene haushaltsrechtliche Grundlage. Alle, Herr Kollege Laumann!

(Christian Möbius [CDU]: Bis auf die Kommunen!)

Das haben Sie wissend oder billigend in Kauf genommen.

(Christian Möbius [CDU]: Lesen können Sie auch nicht!)

Das sollten Sie eingestehen. Sie haben auch die finanzielle Entlastung der Kommunen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die zusätzlichen Lehrerstellen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben die direkten Hilfen für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beklagt. Sagen Sie das den Einrichtungen, den Trägerinnen und Trägern.

(Armin Laschet [CDU]: Eine Baustelle, die es gar nicht gibt! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben auch den Nachteilsausgleich für die Kommunen beklagt, der deshalb aufgebracht werden muss, weil das Verfassungsgericht Ihnen, der abgewählten Landesregierung, der Regierung Rüttgers, eine fehlerhafte Mittelverteilung an die Kommunen für die Kosten der Unterkunft nachgewiesen hat. Ihnen hat der Verfassungsgerichtshof also nachgewiesen, dass Sie fehlerhaft gearbeitet haben. Deshalb muss der Nachteilsausgleich rein. Auch den haben Sie beklagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben alle Ausgaben im Nachtragshaushalt beklagt, Ausgaben, die nötig geworden sind – ich wiederhole das gern und tue das immer wieder von Neuem –, weil Sie die Risiken in Ihrer Verantwortungszeit verschwiegen, versteckt oder auf andere verschoben haben. Das ist die Wahrheit. Daran kommen Sie nicht vorbei, auch wenn das bitter ist für Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Und gerade ist wieder deutlich geworden: Sie wollten und Sie wollen die Schlussabrechnung mit der abgewählten Regierung Rüttgers schönrechnen.

(Christian Möbius [CDU]: Falsch!)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, nach dem Urteil ist klar: Die Landesregierung prüft – ich sage es Ihnen gleich noch mal ganz genau –, was nach dem Richterspruch an Ausgaben noch geht und was nicht geht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor allem geht es darum, Unsicherheit zu beseitigen, die bei Zahlungsempfängern entstanden ist, also beispielsweise bei den Kommunen, damit diese wieder Planungssicherheit bekommen. Der Finanzminister wird darüber berichten.

Ja, wir werden als Konsequenz aus dem Urteil, Herr Kollege Laumann – und damit sinkt dann die Neuverschuldung für das Haushaltsjahr 2010 – die zweckgebundenen Rücklagen auflösen müssen, die Zuführung zu den beiden Sondervermögen, die Risikoabdeckung WestLB. Sie wissen, was Sie mit den sogenannten faulen Papieren in die Bad Bank hineingelegt haben.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie haben das hineingelegt!)

Sie wissen, was da liegt, und Sie wissen, dass da gezahlt werden muss.

(Zuruf von der SPD: Milliarden!)

Auch die Zuführung zum Pensionsfonds müssen wir auflösen.

Aber damit, meine Damen und Herren, werden doch die Ausgaben, die kommen werden, nicht verschwinden. Sie können doch die Augen nicht vor dem verschließen, was kommt. Sie haben das fünf Jahre gemacht: die Augen verschlossen vor Risiken, diese auf andere geladen und sich dann gewundert, wenn es hochgekommen ist. Das lassen wir nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Nein! Die Risiken bleiben. Und damit bleibt auch die Verantwortung aus Ihrer Regierungszeit für die damit verbundenen Ausgaben.

Ich will ein Stichwort zur Abschlussbilanz sagen. Ihr Prozessbevollmächtigter, Herr Gröpl, hat sich vor dem Verfassungsgerichtshof darüber hergemacht und gesagt: 130 Milliarden € Schulden in Nordrhein-Westfalen – Höchststand. Er hat nur vergessen, den Verfassungsgerichtshof darauf hinzuweisen, welchen Anteil Sie in Ihrer Regierungszeit an diesem Schuldenhöchststand hatten.

(Zuruf von der CDU: 13 Milliarden! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: 23!)

Und weil Ihr Versuch, Herr Kollege Laumann, uns das vorzurechnen, nicht ganz geklappt hat, helfe ich Ihnen noch ein bisschen.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben in Ihren fünf Jahren Regierungszeit 23,5 Milliarden € neue Schulden draufgeladen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben das in einer Zeit getan, als Sie mehr als 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen hatten.

(Widerspruch von der CDU)

Und Sie haben den Kommunen auf dem Raubzug durch die kommunalen Kassen, den Sie veranstaltet haben, 3 Milliarden € weggenommen, vorenthalten, Lasten aufgebaut.

(Beifall von der SPD)

Herr Rüttgers, Sie bleiben der Schuldenkönig in Nordrhein-Westfalen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. So ist das nun mal.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer ...

Norbert Römer (SPD): Dann will ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wie wir jetzt damit umzugehen haben. Wir werden die Haushaltsplanberatung selbstverständlich planmäßig fortsetzen. Herr Kollege Laumann, ich habe Ihre Sparvorschläge ja mitbekommen. Das, was Sie an neuen Steuermehreinnahmen sehen, können wir auch erkennen. Das kann man veranschlagen; das kann man von mir aus auch gemeinsam machen. Aber Sie haben keinen einzigen Sparvorschlag hier hingelegt,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Aber selbstverständlich!)

mit dem erkennbar werden konnte, dass Sie die Investitionsgrenze mit Ihren Sparvorschlägen nicht überschreiten. Sie bleiben alles schuldig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir warten auf Ihre Sparvorschläge, meine Damen und Herren, und wir warten wahrscheinlich noch lange darauf.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Norbert Römer (SPD): Nein, nein, vielen Dank. Ich möchte im Gesamtzusammenhang vortragen. Die Opposition hat genug Redezeit gehabt.

Herr Kollege Laumann, ich habe mir Ihre Sparvorschläge, die Sie veröffentlicht haben, angeguckt. Ich habe gesehen, zu welch tollen Leistungen Sie kommen. Sie wollen auf jeden Fall – das wollen wir mal festhalten – die Zuweisungen an die Hochschulen nicht auszahlen. Sie wollen beim Kinderbildungsgesetz, bei den Kleinsten, kürzen. Sagen Sie das all denjenigen, die darauf setzen, dass wir endlich wieder in Zukunft investieren und die Schäden, die Sie mit Ihrer Unterfinanzierung im sogenannten Kinderbildungsgesetz hinterlassen haben, Herr Laschet, reparieren.

(Armin Laschet [CDU]: Die Kitas kriegen doch gar nichts!)

Sie wollen beim Hochwasserschutz sparen. Sie wollen bei wichtigen Dingen sparen, um die es nach unserer festen Überzeugung überhaupt nicht gehen kann, weil wir sie brauchen, auch für die Zukunft.

Ich habe das alles vor mir liegen. Sie kommen nach Ihrer tollen Rechnung – vorhin haben Sie von 1,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen gesprochen – insgesamt auf ein Volumen, das gemessen an dem, was wir eingebracht haben, veränderbar wäre, von 2,3 Milliarden €. Damit liegen Sie, Herr Kollege Laumann, noch immer knapp 1 Milliarde € über der sogenannten Verfassungsgrenze.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Dann haben Sie noch eines vergessen: Sie haben nicht einmal Ihre eigenen Beschlüsse, die Sie auf Ihrem Landesparteitag zu Ihrer sogenannten Bildungspolitik gefasst haben, eingerechnet. Eine Milliarde über den Daumen kommt da noch drauf. Sie sind also überhaupt nicht in der Lage, für Ihre großartige Ankündigung, Sie kämen hier mit Sparvorschlägen, die auf einen verfassungskonformen Haushalt – nach Ihrer Definition – hinauslaufen würden, auch nur ansatzweise den Beweis zu liefern. Lassen Sie das sein, Herr Kollege Laumann; es bringt überhaupt nichts.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen dazu: Weil es eine gemeinsame Erfahrung aus der Vergangenheit ist – da nehme ich uns überhaupt nicht aus –, dass wir mit den Instrumenten, die wir reflexartig in schwierigen Haushaltssituationen eingesetzt haben – beim Personal zu sparen, bei sozialen Ausgaben zu sparen –, nicht weitergekommen sind, haben wir die Situation, dass wir heute sehr viel höhere gesellschaftliche, soziale Reparaturkosten zu verantworten haben, als wir hätten, wenn wir frühzeitig Vorsorge getroffen hätten.

Das ist der entscheidende Punkt, wo wir uns von Ihnen unterscheiden – da gehen wir gerne auch in

eine solche Debatte in der Öffentlichkeit hinein –: Wir werden dafür sorgen, dass mit Zukunftsinvestitionen in die Förderung von Kindern und Familien, mit vorbeugenden Maßnahmen, mit Zukunftsinvestitionen in die Bildung die Weichen für wirtschaftliches Wachstum in Nordrhein-Westfalen und für eine bessere soziale Sicherheit von Menschen in der Weise gestellt werden, dass daraus auch die Rendite kommt. Da lassen wir uns gerne mit Ihnen auf eine solche Auseinandersetzung ein.

Deshalb bleibt es bei dem, was wir begonnen haben. Diese Investitionen sind vernünftig, zielorientiert und vor allen Dingen zukunftsweisend. Das lässt im Übrigen auch – schauen Sie mal genau hinein – das Urteil des Verfassungsgerichtshofs erkennen. Es will, dass wir auch in solche vorsorgenden Maßnahmen investieren, um wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft möglich zu machen.

(Widerspruch von der CDU)

Ich stelle am Ende der heutigen Sondersitzung nach Ihren beiden Redebeiträgen fest: Vorschläge von CDU und FDP für weitere Einsparmöglichkeiten im Haushalt, um auf die sogenannte Investitionsgrenze zu kommen – Fehlanzeige! Sie bleiben offensichtlich jeden Vorschlag schuldig. Wir warten auf Ihre weiteren Vorschläge, meine Damen und Herren. Ansonsten auf weitere gute und vor allen Dingen fruchtbare Beratungen über den Haushaltsplan!

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reiner Priggen (GRÜNE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als Erstes will ich ganz ehrlich und nüchtern bilanzieren: Wir können den Nachtragshaushalt, so wie wir ihn eingebracht haben, nicht umsetzen. Sie haben dagegen geklagt und recht bekommen. Man muss ganz ehrlich bilanzieren: Das, was Ihnen aus unserer Sicht politisch noch aus dem Haushalt 2010 zuzurechnen war, wollten wir Ihnen zuordnen. Das hat uns das Verfassungsgericht bei bestimmten Mechanismen untersagt.

Das Gleiche haben Sie vor fünf Jahren versucht. Damals ist die SPD ohne uns vor Gericht gegangen und hat gewonnen. Wir haben es probiert. Die Kostenpunkte werden kommen. Wir haben verloren. So ist das erst mal nüchtern festzuhalten. Deswegen können wir bestimmte Dinge nicht machen:

Wir können die Zuführung zum Sondervermögen der WestLB nicht machen. Alle wissen, dass die Ri-

siken aus der WestLB, die auf uns zukommen, größer als die 1,3 Milliarden € sein werden, die wir da zweckgebunden einstellen wollten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist es! Ein Riesenmilliardenloch!)

Wir können die Rückstellungen zum KiföG und zum Einheitslastenausgleichsgesetz nicht bilden, wissend, dass zum KiföG ein Verfassungsgerichtsurteil vorliegt, im Oktober gegen Sie ergangen. Die Kritik des Gerichtes ist: Das Gesetz zur Auszahlung ist noch nicht verabschiedet. Deswegen dürfen wir an der Stelle keine Rückstellungen bilden. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Diese Kosten werden kommen, und sie sind politisch Ihnen zuzurechnen. Aber wir müssen akzeptieren, dass wir die Rücklage nicht bilden dürfen. Das Gleiche gilt für das Einheitslastenausgleichsgesetz, gegen das 97 Kommunen Klage eingereicht haben. – Beim Pensionsfonds dürfen wir 20 Millionen der 114 Millionen € stehen lassen, 94 Millionen € dürfen wir dem Pensionsfonds nicht zuführen.

Das sind in toto rund 2,139 Milliarden €. Das ist der Betrag, um den die Neuverschuldung gesenkt wird, sodass wir etwa bei einer Summe von 5 Milliarden € – nicht genau auf die Million – landen werden. Das ist das reale Ergebnis. Das liegt um 1,6 Milliarden € unter der Neuverschuldung, die Sie im Haushalt 2010 etatisiert hatten. Das heißt, davon gehen noch einmal 1,6 Milliarden € herunter.

Um es aber klar zu sagen: Diese Kosten werden kommen. Sie werden uns einholen, sie werden zu bezahlen sein. Es ging nicht um rot-grüne Politik, um Gestaltungselemente, sondern um Kosten, die notwendigerweise anfallen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die 300 Millionen €, die für die Kommunen ins GFG gegangen sind – das war auch noch eine Frage, die geprüft werden musste –, müssen nicht rückgängig gemacht werden. Das Gleiche gilt für die 150 Millionen € für den Kitabereich. Das ist also nicht notwendig.

(Zurufe von der CDU)

Im Endergebnis kommen wir dann für den Haushalt 2010 auf 5 Milliarden € Neuverschuldung.

Jetzt haben wir eine bessere Einnahmesituation; das ist mehrfach von Ihnen geschildert worden. Ob die Zahlen wirklich so belastbar sind, wird man noch im Einzelnen prüfen müssen. Wir haben es auch gehört: 166 Millionen € mehr Steuereinnahmen im Januar und noch einmal 682 Millionen € mehr im Februar gegenüber 2010. Das ergibt eine Summe von 848 Millionen €. Wenn ich Sie richtig verstehe, rechnen Sie das so hoch, dass es gegenüber dem bestehenden Haushaltsentwurf noch einmal zu Mehreinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden € kommt. So habe ich Ihre Rechnung verstanden. Der Kollege Weis-

brich hat es schon gesagt: Der Januar macht in einem mittleren Jahr 8 % aus.

(Zurufe von Manfred Palmen [CDU] und Christian Weisbrich [CDU])

– Wenn es nicht so war, können Sie es gleich korrigieren. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie aufgrund der besseren Steuereinnahmen noch mal um 1,3 Milliarden € absenken könnten. Sind Sie sich da nicht ganz einig? Dann muss Herr Palmen entscheiden. Sie haben das jedenfalls öffentlich gesagt. Wir werden es genau prüfen, um das ganz klar zu sagen.

Januar und Februar 2010 lagen noch im absoluten Tiefbereich einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung. Danach fing die Erholung an, und ab Mitte des Jahres waren wir alle in der glücklichen Situation, dass die Steuereinnahmen deutlich gestiegen sind.

Wenn sich das jetzt so fortsetzt, wenn man nach einer sorgfältigen Prüfung tatsächlich zu dem Ergebnis kommt, dass diese Zahl realistisch ist, dann wird sie angesetzt werden, um die Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Das will ich ganz klar sagen. Ob Sie das anhand der Zahlen von Januar und Februar sicher abschätzen können, dahinter machen wir noch Fragezeichen. Wir werden es prüfen, und dann wird das gegebenenfalls in den weiteren Haushaltsberatungen auch so durchschlagen.

Richtig ist: Der Finanzminister hat vernünftigerweise für den Tarifvertrag, der abgeschlossen werden sollte, vorbeugend eine Summe in den Haushalt eingestellt. Das sieht durch den Tarifabschluss nun etwas günstiger aus. Dadurch wird die Belastung geringer, was dann auch zur Absenkung der Nettokreditaufnahme genutzt wird. Weitere Einsparvorschläge werden wir im weiteren Haushaltsverfahren diskutieren.

Ich begrüße – man guckt bei den Debatten ja immer, was positiv Neues herüberkommt –, dass der Kollege Laumann eben ganz eindeutig signalisiert hat: 650 Millionen € für die Kommunen. Das ist der größte Brocken von dem, was wir neu machen. Wegen der Notsituation der Kommunen haben wir gesagt: 300 Millionen € in das GFG und 350 Millionen € in den Verschuldungsfonds. Jetzt ist das Angebot gekommen, diese 650 Millionen € mitzutragen.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie haben das Stichwort „Sondergesetz“ genannt. Darüber werden wir in den Haushaltsberatungen reden müssen. Das heißt jedenfalls: Von dem, was uns angelastet wurde – 1,1 Milliarden € von Rot-Grün obendrauf –, sind 650 Millionen € durch die CDU als notwendig akzeptiert worden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist bemerkenswert. Ich will das positiv annehmen, weil wir es ja nicht aus Spaß gemacht haben, sondern es für notwendig hielten.

Dann haben Sie eine Reihe von Einzelpositionen aufgeführt, über die man streiten kann. Das alles zusammen ergibt aber nicht eine Summe von etwa 2 Milliarden €, die man bräuchte, um auf 3,9 Milliarden € Neuverschuldung herunterzukommen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Doch!)

– Das können wir im weiteren Haushaltsverfahren noch im Einzelnen sorgfältig diskutieren; das werden wir auch machen. Ich begrüße jedenfalls, dass Sie uns deutliche Signale geben, dass Sie die Notsituation der Kommunen genauso sehen wie wir.

Mein Kollege Römer hat schon angesprochen, was Sie nicht eingerechnet haben – das müssen Sie auch nicht, das ist in Ordnung, wir wollen es Ihnen trotzdem vorhalten –: Sie haben einen großen Bildungsparteitag gemacht und das eine Vorschuljahr gestrichen. Sie haben das Vorschuljahr gestrichen. Ich behaupte ja gar nichts Falsches. Und Sie haben Beschlüsse zur Stärke von Klassen gefasst, die ich zwar gerne mitmachen würde, die ich mir nur wünschen kann, die aber nicht umsetzbar sind.

Wir haben mal versucht, auszurechnen, was das an Personal kostet. Dabei sind wir nicht mal davon ausgegangen, dass Sie das innerhalb einer Legislaturperiode umsetzen wollen, sondern haben eine Achse von zehn Jahren angelegt. Dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass Sie über 20.000 Stellen mehr gegenüber dem jetzigen Stand bräuchten, um das umzusetzen, dass die Demografiegewinne, die vielleicht irgendwann eintreten, absolut nicht ausreichen würden und dass das, was im kommenden Jahr eingestellt werden müsste, bei mindestens 800 Millionen € läge. Das heißt, Sie machen Vorschläge, die zwar nicht unvernünftig sind, aber zu Mehrkosten führen würden und daher aus unserer Sicht im Moment nicht finanzierbar wären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zusammengefasst heißt das für mich: Wir werden in den weiteren Haushaltsberatungen die Mehreinnahmen berücksichtigen, Einsparvorschläge machen und die Nettoneuverschuldung absenken. Wir werden nicht auf einige eigene Möglichkeiten der Gestaltung verzichten.

Ich kann nur bilanzieren: Von der FDP ist nicht ein einziger Einsparvorschlag gekommen. Das ist eine ganz dünne Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die CDU-Fraktion hat uns signalisiert, dass sie den größten Brocken von dem, was wir für notwendig halten, ebenfalls für erforderlich hält. Das ist eine gute Grundlage für weitere Beratungen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Fraktionsvorsitzende, Herr Zimmermann, das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte nach dem Urteil in Münster gesagt: Das ist ein schlechter Tag für Nordrhein-Westfalen. – Dazu stehe ich heute noch. Das ist ein Signal, das für Nordrhein-Westfalen und die Menschen, die hier leben, wirklich nicht zu verantworten ist. Und daran gibt es auch nichts zu deuteln.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, triumphieren zu Recht. Ihr neoliberales Gedankengut hat den Sieg davongetragen. Jetzt wittern Sie nach meinem Eindruck die Chance, erneut Hand anzulegen an den Sozialstaat NRW. Das haben Sie ja schon in den fünf Jahren Ihrer Regierung ausgiebig getan.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Was ein Stuss!)

– Dann müssen Sie mal daran denken, was Sie gemacht haben. Das war Stuss für die Menschen.

Wenn Sie das, was Sie eben angekündigt haben, wirklich umsetzen wollten, um an die 3,9 Milliarden € heranzukommen, dann müssten Sie einen massiven Sozial- und Stellenabbau betreiben, dann müssten Sie noch mehr aushöhlen.

(Manfred Palmen [CDU]: Nicht eine Stelle! – Weitere Zurufe)

– Natürlich müssten Sie das. – Das zumindest ist mit uns nicht zu machen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin – ich möchte Sie einmal direkt ansprechen –, Sie müssen sich fragen, wie es dazu kommen konnte. Ich kann Ihnen das sagen: Der Verfassungsgerichtshof hat die Schuldenbremse für Nordrhein-Westfalen de facto ein Stück weit vorweggenommen. Die Verfassungsrichter haben eigentlich nur das vollendet, was Sie auf der Bundesebene gemeinsam mit CDU, FDP und auch den Grünen bei der Föderalismusreform II ins Grundgesetz geschrieben haben.

Jetzt müssten Sie eigentlich zu Ihrer Verantwortung stehen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Die richtige Konsequenz wäre es, gegen die Schuldenbremse zu klagen, wie das Land Schleswig-Holstein es getan hat und wozu ich schon einmal aufgefordert habe.

(Beifall von der LINKEN)

Schließen Sie sich dieser Klage an. Aber das reicht nicht aus. Wenn Nordrhein-Westfalen strukturell vom Bund unterfinanziert wird und zugleich der Ver-

fassungsgerichtshof die Hürden für die Neuverschuldung immer höher legt, dann ist die Eigenstaatlichkeit des Landes in Bezug auf die Einnahmen massiv bedroht. Das Land Nordrhein-Westfalen müsste beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die strukturelle Unterfinanzierung einreichen. Jeder Tag, Frau Ministerpräsidentin, den Sie da zögern, ist ein verlorener Tag für dieses Land.

(Beifall von der LINKEN)

Bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts hatten wir bereits dargelegt, warum die Zuführung an das Sondervermögen für die WestLB unwirtschaftlich ist. Der Verwaltungsgerichtshof

(Christian Möbius [CDU]: Verfassungsgerichtshof!)

hat ebenfalls erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Aber viel entscheidender als die Frage, ob Rücklagen erlaubt sind oder nicht, ist, ob das Parlament weiterhin wie seit 1967 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach den bisher gültigen Regeln erklären kann. Leider hat der Verwaltungsgerichtshof den Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum in erschreckender Art und Weise eingeschränkt.

Der Journalist Prantl spricht in der „Süddeutschen Zeitung“ von einem „Staatsstreichlein“ des Verfassungsgerichtshofes.

(Zurufe von Christian Möbius [CDU])

Das Urteil sei anmaßend, überheblich – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin; nicht dass Sie nachher wieder ausflippen – und daher falsch. Der Verwaltungsgerichtshof

(Christian Möbius [CDU]: Verfassungsgerichtshof!)

mache Politik, so Prantl. Dies sei verfassungsrichterliche Obstruktion. – Wer sich die Mühe macht, das Urteil mal genauer nachzulesen, merkt schnell, dass diese Einschätzung so ganz falsch nicht ist.

Herr Papke, Sie können lange über unser Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit lamentieren. Aber jedes Mal, wenn Sie vor dem Verfassungsgericht verloren haben, haben Sie das Urteil kritisiert und angezweifelt.

(Beifall von der LINKEN – Lebhafter Widerspruch von der FDP)

– Natürlich haben Sie das getan!

So behaupten beispielsweise die Richter, dass auch eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, eine erhebliche Unterschreitung des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank und erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht ausreichen, um eine Störung zu erklären.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor einem grundsätzlichen Prob-

lem: Der Begriff „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ ist ein unbestimmter Verfassungsbegriff. Da können Sie Ihre Definition noch zehnmal vorlesen, Herr Papke. In den letzten Jahren haben sich leider diejenigen durchgesetzt, die behaupten, dass die Märkte immer und ewig effizient sind und sich automatisch immer im Gleichgewicht befinden. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat doch gezeigt, dass das ein Trugschluss ist. Das muss man doch endlich mal erkennen!

(Beifall von der LINKEN)

Wir teilen die Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, dass die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch 2011 anhält. Die von der Landesregierung geplante Nettokreditaufnahme ist daher gerechtfertigt. Das sagen wir hier klipp und klar.

Ich fordere die Landesregierung nochmals auf, im angekündigten Nachtrag vor allen Dingen in der Bildung, im Sozialbereich und beim Personal keine Kürzungen vorzunehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Der Haushalt kann nur durch mehr Einnahmen konsolidiert werden.

Notwendig ist als erster Schritt ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Laumann, Sie und Ihre CDU sowie die FDP könnten dann mal zeigen, ob es Ihnen mit der Reduzierung der Neuverschuldung wirklich ernst ist. Es geht darum, bei den Steuern wieder das Ruder herumzuwerfen – auf der Bundesebene, aber auch auf der Landesebene, soweit das möglich ist. Dazu müssen Sie bereit sein. Dann kommen wir auch ein Stück weit zueinander.

Herr Finanzminister, Sie haben eine Prüfung dieses Vorschlags angekündigt. Ich frage Sie: Was hat diese Prüfung ergeben? Und was planen Sie für die kommenden Jahre, vor allen Dingen um die Anzahl der Betriebsprüfer und Steuerprüfer nachhaltig zu erhöhen?

(Beifall von der LINKEN)

Werden auch die Kapazitäten an der Fachhochschule ausgebaut? Ich bitte darum, dass Sie uns das beantworten.

Jetzt möchte ich auf die Neuwahlen zu sprechen kommen. Nach den forschenden Ankündigungen des Kollegen Römer und des Kollegen Laumann in den letzten Wochen – das hat ja Karneval begonnen – hätte der Landtag eigentlich heute aufgelöst werden müssen. Denn eines ist doch bereits heute klar: Die Kreditobergrenze im Haushalt 2011 wird überschritten. Das hat der Kollege Römer eben in Ihre Richtung deutlich gemacht. Die CDU müsste eigentlich, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren will, klagen, und

die SPD müsste die Auflösung des Landtages beantragen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben doch am meisten Angst davor!)

Das Problem ist nur, dass das ein reines Affentheater ist. Die Menschen in diesem Lande verstehen das in keiner Weise; denn die Probleme beim Haushalt bleiben auch nach einer Neuwahl bestehen. Das kann ich Ihnen garantieren.

Wir halten Neuwahlen für falsch; aber wenn Sie sie haben wollen, können Sie sie kriegen. Nach einem halben Jahr ist meiner Meinung nach nämlich sehr deutlich geworden, dass die moderaten Akzentverschiebungen der Landesregierung auch dem Druck unserer Fraktion geschuldet sind.

(Beifall von der LINKEN – Lachen und Beifall von der CDU)

Das ist die politische Realität in diesem Lande, und das merken immer mehr Menschen. – Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Zimmermann für die Fraktion Die Linke. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung der Finanzminister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn es heute Mittag schon mehrfach gesagt worden ist, will ich es wiederholen: Am 15. März 2011 hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen den am 16. Dezember 2010 vom Landtag beschlossenen Nachtrag für nichtig erklärt.

Genauso unumwunden ist festzustellen: Der Verfassungsgerichtshof ist der Argumentation der Landesregierung und der Mehrheit des Landtags nicht gefolgt, noch im Jahr 2010 Vorsorge für die Zahlungsverpflichtungen zu treffen, die sich aus den Folgelasten der WestLB, aber auch aus den Niederlagen der Vorgängerregierung vor dem VGH – ich erinnere beispielsweise an die Kosten, die mit der Gewährleistung der Konnexität im Rahmen des KiföG auf uns zukommen werden – ergeben haben.

Die Landesregierung respektiert und akzeptiert den Richterspruch. Sie zieht auch die notwendigen Konsequenzen. Darüber ist bislang noch relativ wenig gesprochen worden. Was heißt das eigentlich für die Abwicklung oder Rückabwicklung des Nachtragshaushalts? Ich kann es nur wiederholen – es ist bereits vom Fraktionsvorsitzenden der SPD gesagt worden –: Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben nicht Teile des Nachtrags beklagt; Sie haben den Nachtrag beklagt. Mit dieser Klage haben Sie Erfolg gehabt. Damit sind alle in

diesem Nachtrag niedergelegten Positionen zunächst einmal nichtig.

Wenn man jetzt auch nur das retten will, was Sie selbst gar nicht weghaben wollten, zum Beispiel die Hilfen an die Kommunen, dann muss man natürlich überlegen, wie man hier im Rahmen dessen, was die Verfassungsrichter zulassen, eine Reparatur vollziehen kann. Das werden wir tun. Wir werden das in den Fällen tun, in denen Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Diese können vollzogen werden. Genauso bleiben besetzte Stellen natürlich besetzt. Allerdings sind die Stellen nicht da, weil sie im Haushalt jetzt nicht geschaffen worden sind, sodass sie bis zur Verabschiedung des Haushalts 2011 kompensiert werden müssen.

Auf der anderen Seite haben wir aber die Möglichkeit, mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben die Dinge, die nicht ausdrücklich vom Verfassungsgericht verworfen worden sind – beispielsweise Sondervermögen und Rücklagen – zu finanzieren. Warum können wir das? Zusätzliche Kredite dürfen wir zwar nicht aufnehmen. Aber wir können das trotzdem, weil der Haushaltsabschluss, den ich am 25. Januar 2011 vorgetragen habe, 960 Millionen € Minderausgaben aufwies. Mit diesen Minderausgaben ist diese Finanzierung möglich.

Ich finde, dass wir bei diesem Anlass das Ganze einmal würdigen sollten. Was ist denn da beschlossen worden, und was sind die Folgen?

Einer Behauptung muss ich ganz klar widersprechen. Wenn Sie, wie es im Haushalts- und Finanzausschuss schon geschehen ist, aus dem Urteil den Schluss ziehen: „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Der Abschluss von Schwarz-Gelb am Ende des Jahres 2010 war 5 Milliarden €“, dann ist das definitiv unzutreffend.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben erreicht, dass die Korrekturen Ihrer Hinterlassenschaften – ich habe mal von toten Hühnern gesprochen, die über den Zaun zurückgefliegen sind –

(Karl Schultheis [SPD]: Eine ganze Hühnerfarm!)

jetzt nicht abgerechnet werden können. Ich kann Ihnen nur sagen: Das Verfahren vor dem Gericht ist abgeschlossen. Die Folgen sind es nicht. Diese toten Hühner werden wir sicher nicht still bestatten. Sie werden sich in Nachtragshaushalten niederschlagen. In denen wird deutlich werden, was in diesem Jahr und den nächsten Jahren aus der schwarz-gelben Regierungszeit noch auf uns zukommt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wollen Sie mit noch einem Nachtragshaushalt scheitern? Hühnerhaushalt!)

Sehen wir uns einmal an, was das für das Jahr 2011 und die folgenden Jahre heißt. Das sollten wir unaufgeregt tun und nicht mit der klamaukhafte Vorstellung, unter Schwarz-Gelb sei alles konsolidiert worden, vorher sei es vergeigt worden, und anschließend solle das Geld auch wieder mit vollen Händen ausgeschüttet werden. Ich würde einfach einmal raten, dass wir auf die Zahlen gucken. Dann stellen wir fest: In der Legislaturperiode zwischen 2000 und 2005 hat das Land 161 Milliarden € Steuern eingenommen. In Ihrer Regierungszeit 2006 bis 2010 waren das 196 Milliarden €. Das waren 35 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als in der Legislaturperiode zuvor. In dieser Legislaturperiode haben Sie immer noch rund 23 Milliarden € Nettokreditaufnahme getätigt und den Schuldenberg vergrößert. In der Zeit davor mit 35 Milliarden € weniger Einnahmen hat die damalige Landesregierung 10 Milliarden € mehr aufgenommen.

Ich will gar nicht aufrechnen. Es ist schon interessant zu sehen, dass die Steuereinnahmen und die Nettokredite in der Zeit von 2000 bis 2005 zusammen kleiner waren als das, was Sie alleine an Steuereinnahmen in den fünf Jahren danach hatten. Die zusätzlichen Schulden in Höhe von 23 Milliarden sind noch obendrauf gekommen.

Wir sollten uns das vielleicht einfach mal zu Herzen nehmen und sagen: Wenn in diesem Jahrzehnt, in zwei Legislaturperioden, rund 55 Milliarden € Schulden dazugekommen sind – insgesamt machen die Schulden ein Volumen von 130 Milliarden € aus –, ist die Konsolidierung offenbar bei allen nicht so gelungen, wie sie sie gerne gehabt hätten. Da nutzt es nichts, mit Auslegungen anzufangen, was wie funktioniert, sondern man muss feststellen: Offenbar ist das Drehen an der Ausgabenschraube, um die Ausgaben zu verringern, alleine keine Lösung. Die Lösung ist Ihnen nicht gelungen, die ist auch vorher nicht gelungen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wird doch auch immer deutlicher – auch für die Beobachter in der Bevölkerung –, dass wir hier eine Auseinandersetzung führen, bei der der Angriff von einer Seite kommt, der niemand glaubt, wirklich das Rezept zu haben, all das zu bewerkstelligen, was sie jetzt vollmundig als Opposition ankündigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann hat gerade noch Zeitungsinterviews gegeben, in denen er dargestellt hat, dass er die geplante Nettokreditaufnahme um 2,3 Milliarden € senken kann.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

1,3 Milliarden € davon sind eine ziemlich abenteuerliche Schätzung der Steuern. Ich hoffe sogar, Sie haben recht. Und wenn Sie recht haben, wird jeder Cent dieser Steuermehreinnahmen in die Senkung der Kreditaufnahme fließen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und dann wird die Zahl vor dem Komma – ursprünglich war es mal eine 7, und alleine durch den Tarifabschluss ist es schon eine 6 geworden – noch besser. Das ist ja wunderbar. Ich möchte nur von Ihnen wissen: Ist das jetzt alles, was Sie vorgeschlagen haben, oder kommt da noch was?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Lesen Sie doch meine Rede nach!)

Denn Sie haben 2,3 Milliarden € vorgeschlagen. Bei 2,3 Milliarden € bleibt immer noch 1 Milliarde € mehr als die Investitionsgrenze.

An einer anderen Stelle sagen Sie, Sie schaffen auch 3,3 Milliarden € weniger. Wenn Sie mit irgendjemandem draußen reden, wird der Ihnen immer sagen: Eines ist sicher schon mal klar: Die wissen nicht, wie sie diese Grenze erreichen sollen. – Ich will ja – das habe ich auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt – gerne zur Kenntnis nehmen, dass sich eine Opposition auf den Standpunkt stellt: Ihr seid Regierung, erklärt ihr doch mal, wie es geht!

(Christian Möbius [CDU]: Sie sind doch am Zuge!)

Man könnte konstruktive Opposition auch als Streit über unterschiedliche Ansätze verstehen, dass die einen sagen: Ja, wir würden zum Beispiel den Universitäten keinen Ausgleich für die abgeschafften Studiengebühren geben. – Reden Sie bitte nicht darüber, dass die Studiengebühren wieder da sind! Die sind per Gesetz abgeschafft. Sie können nur noch darüber reden, ob die Universitäten dafür einen Ausgleich bekommen oder nicht. Den wollen Sie offenbar sparen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Sie reden von 1,3 Milliarden € mehr Steuern. Ich sage noch mal: Wenn die kommen, ist das wunderbar. Aber wie kommen Sie denn dahin? Wir haben im Moment zwei Monateingänge für das Jahr 2011. Der Januar war unter den Januar-Monaten der letzten fünf Jahre der zweitschlechteste. Er hat nur ein Plus, weil der schlechteste voriges Jahr war. Voriges Jahr war der Januar schlechter als der Januar 2009, und deswegen haben wir im Januar-Vergleich gegenüber 2010 ein Plus.

Der Februar ist sogar der beste aller fünf – in der Tat. Allerdings muss man darüber nachdenken, ob das möglicherweise nicht auch mit einer Verschiebung zu tun hat. Denn wenn Sie sich mal den Verlauf der Steuereingänge anschauen, stellen Sie fest, Sie haben die Spitzen immer in den Quartalsmonaten: im März, im Juni, im September, im Dezember. Gucken wir uns die doch mal an! Schauen wir uns doch zumindest mal das erste Quartal an, um zu sehen, wie das läuft! Es ist zweifelhaft, ob man aus diesen zwei Monaten und den 850 Millionen €

Mehreinnahmen zu den schlechtesten Anfangsmo-
naten eines Jahres im Fünf-Jahres-Vergleich den
Schluss ziehen kann, schon 1,3 Milliarden € zu ver-
frühstücken. Mit der Art und Weise, wie Sie früher
immer vorgegangen sind, das sei ein vorsichtiges
kaufmännisches Verhalten, hat dieses Hasardeur-
tum wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall von der SPD)

Jetzt nenne ich noch einen anderen Punkt. Was
bedeutet das Urteil für 2011?

(Zuruf von der CDU: Sparen!)

Es bedeutet, dass wir die Konsolidierung, die Sen-
kung der Neuverschuldung auf null bis zum Jahr
2020, genauso beherzt fortsetzen müssen, wie wir
das angefangen haben.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Lachen
von der CDU und von der FDP – Große Un-
ruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: In
dem geltenden Entwurf, der sich, was die Einnah-
menseite angeht, wie wir wissen, mit Sicherheit ver-
bessern wird, sind 500 Millionen € Einsparungen
enthalten – nicht durch Haushaltsabschluss am En-
de des Jahres, sondern durch festgelegte Einspa-
rungen. 500 Millionen € festgelegte Einsparungen
sind auch in den letzten Jahren maximal möglich
gewesen, wenn die Regierung einen Vorschlag ge-
macht hat oder wenn das Parlament Kürzungen be-
schlossen hat, weil auch der Vorgänger immer ge-
sagt hat: Das ist eine Grenze, an der man bei dem
bewussten Herausschneiden von Positionen aus
dem Haushalt gar nicht vorbeikommt.

Wir haben noch etwas festzustellen – das habe ich
beim letzten Mal hier im Landtag schon gesagt –:
Nordrhein-Westfalen ist nicht ein Land, das pro Kopf
der Bevölkerung das Geld mit vollen Händen zum
Fenster rauswirft, sondern Nordrhein-Westfalen ist
das Land mit der geringsten Ausgabengröße pro
Kopf der Bevölkerung. Allerdings ist, wenn ein sol-
cher Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausga-
ben vorhanden ist, offenbar auf der Einnahmenseite
etwas nicht da.

Wenn wir die einfache Rechnung aufmachen und
fragen: „Was wäre denn, wenn wir die durchschnitt-
lichen Einkommensteuereinnahmen pro Kopf der
Bevölkerung unserer berühmten Geberländer hät-
ten?“ – wir stehen bei der Einnahmenstärke an fünf-
ter Stelle –, und bei den Landessteuern pro Kopf
etwa die Einnahmengröße des Spitzenreiters Bay-
ern zugrunde legen, hätte Nordrhein-Westfalen ein
Einnahmenplus von 5 Milliarden €.

Warum ist das nicht so? – Das ist nicht so, weil die
Nordrhein-Westfalen nicht so fleißig sind oder weil

die gut Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen nicht
so viel verdienen wie die gut beschäftigten Bayern,
Baden-Württemberger oder Hessen, sondern es
liegt daran, dass sich in diesem Land ein enormer
Strukturwandel vollzogen hat und dass offenbar Be-
völkerungskreise und vor allen Dingen auch ihre
Folgegeneration mit diesem Strukturwandel in die-
ser Weise nicht mitgekommen sind.

Jetzt ist die Frage: Wie begegnet man dem? – Be-
gegnet man dem, indem man die ohnehin schon
niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben noch weiter senkt,
die Infrastruktur noch etwas mehr austrocknen lässt,
nicht in Bildung investiert, um durch diese Kürzung
auf Dauer einen Ausgleich zwischen Einnahmen
und Ausgaben zu erzielen? Da sage ich Ihnen vo-
raus: Dann werden die Einnahmen des Landes aus
Steuern weiter zurückgehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von
den GRÜNEN)

Die Idee einer vorsorgenden Bildungs-, Sozial- und
Wirtschaftspolitik und nicht einer – wie Sie, Herr
Laumann, es immer wieder nennen -präventiven
Haushaltspolitik besteht gerade darin, die Talente,
die wir haben, die aber brachliegen, zu fördern, kein
Kind zurückzulassen, Bildung und Betreuung zu un-
terstützen und damit die Investitionen vorzunehmen,
die anschließend die Menschen in die Lage verset-
zen, Einkommen zu erzielen und Einkommensteuer
zu bezahlen, um dadurch durch höhere Einnahmen
zu einem Ausgleich zu kommen.

Sie reden mal so, mal so. – Der Bericht der En-
quetekommission „Chancen für Kinder“, im Jahre
2008 zusammen mit Ihnen verabschiedet, besagt in
der Empfehlung 12.1: „Bildungsausgaben sind In-
vestitionen in die Zukunft.“ Eben ist großartig dage-
gen argumentiert worden, das habe mit Investitio-
nen alles überhaupt nichts zu tun.

Wir sollten uns durchaus darüber streiten, auf wel-
che Weise wir den Haushalt ausgleichen. Aber:
Wenn Sie meinen, das ginge zum einen mit Runter-
schneiden, und Sie könnten zum anderen um 3 Mil-
liarden € kürzen, ohne dabei Personalausgaben an-
zutasten, obwohl wir wissen, dass der Anteil der
Personalausgaben in Nordrhein-Westfalen wie in
den anderen Ländern bei 40 % der Gesamtausga-
ben liegt, dann ist es, glaube ich, nicht übertrieben
und verzerrend, wenn man sagt: Bei 3 Milliarden €
Einsparung ist davon auszugehen, dass darin 1 Mil-
liarde € für Personal enthalten sein muss. Und wenn
Sie das umrechnen, sind Sie relativ schnell bei
20.000, 25.000 Stellen, auf die Sie dann verzichten
müssten.

Ich rate dringend dazu, die Auseinandersetzung
nicht zu führen, indem man Wolkenkuckucksheime
aufbaut, indem man sich eine außergewöhnlich
günstige Lage in der letzten Legislaturperiode als
Erfolg ans Revers heftet und nicht weiter nachdenkt,
sondern sich auf den Standpunkt zurückzieht: Ihr

seid die Regierung, und deshalb äußern wir uns grundsätzlich nicht, und wenn doch, dann unter Nennung von irgendwelchen obskuren Zahlen von 1,3 Milliarden € Mehreinnahmen. – Die 240 Millionen € Tarifsteigerungen nehmen Sie gleich mit, obwohl in Ihrem Entwurf noch 250 Millionen € zu wenig veranschlagt gewesen wären. Aber das ist Ihnen alles egal.

So kann man auf jeden Fall diese Diskussion nicht führen. Eine solche Diskussion hätte nur zur Konsequenz, die Verschuldung auch in den nächsten Jahrzehnten nicht in den Griff zu bekommen.

Wenn wir sie in den Griff bekommen wollen, dann sollten wir uns anschauen, was in der nächsten Woche beispielsweise Prognos dazu sagt, wie präventive Sozial- und Bildungspolitik, wie vorsorgende Politik aussieht, welche ökonomischen Folgen sie hat, weil sie mit Investitionen jetzt die Zukunft sichert und damit auch einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bewerkstelligt.

(Christian Weisbrich [CDU]: Münchhausen-Prinzip!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Als nächste Wortmeldung habe ich für die Fraktion Die Linke die des Abgeordneten Sagel. – Nur zur Information: Die anderen Kollegen haben ihre Wortmeldungen zurückgezogen oder zurückgestellt.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja sehr überraschend, dass ich direkt nach dem Finanzminister reden darf.

Spätestens nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist, glaube ich, eines klar geworden: Wir müssen dringend endlich etwas zur Stärkung der Einnahmeseite tun. Das ist der zentrale und wichtigste Punkt. Denn wir wollen weiter den Politikwechsel. Und wir wollen soziale Gerechtigkeit. Dazu muss die Einnahmeseite gestärkt werden.

Die Situation in Deutschland ist aber immer noch folgende: Bei großen Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase, bei Unternehmensgewinnen ist Deutschland ein Niedrigsteuerland. Das muss dringend geändert werden. Deswegen wollen wir, dass über Bundesratsinitiativen Politik gemacht wird, die endlich die Einnahmeseite stärkt.

(Beifall von der LINKEN)

Noch einmal sehr deutlich an die Adresse von CDU und FDP: Sie haben doch in den letzten fünf Jahren hier den Sozialstaat immer mehr kaputtgespart. Und Sie wollen das Kaputtsparen fortsetzen. Wenn Herr Laumann sagt, eine präventive Haushaltspolitik sei

nicht mehr möglich, dann heißt das doch ganz unstrittig: Sie wollen keine Generationengerechtigkeit, Sie wollen nichts für die Kinder und die jungen Menschen in unserem Land tun. Das ist doch Ihre Politik.

Sie haben sich hier fünf Jahre lang als Sozialräuber betätigt. Sie haben einen Raubzug durch die kommunalen Kassen in Nordrhein-Westfalen gemacht.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben den Kommunen 3 Milliarden € entzogen. Mittlerweile können nur noch acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen strukturell gesicherte Haushalte vorweisen. Das war Ihre Politik.

Das ganze finanzpolitische Lügengebäude von CDU und FDP ist jetzt wie ein Bruchbau zusammengekracht. Das muss man hier einmal feststellen.

(Beifall von der LINKEN)

Letztlich haben Sie genau das getan, was Sie hier die ganze Zeit geißeln: Sie haben genau diese 23 Milliarden € Neuverschuldung in den letzten fünf Jahren produziert.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben dieses Rekorddefizit erzielt. Ihr ehemaliger Finanzminister ist doch der Herr des „Kahlen Astens“ hier in Nordrhein-Westfalen. Er hat doch genau diese Politik in den letzten fünf Jahren vorangetrieben.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Dazu kommt, dass das Ausmaß der Krise der WestLB noch immer nicht in Gänze auf dem Tisch liegt. Sie haben hier jahrelang eine Salamtaktik betrieben. Jetzt wird schon wieder von 9 Milliarden € Absicherung geredet. Und wir wissen, dass wir in die Größenordnung von 10 Milliarden €, die da noch anfallen, kommen. Das ist doch genau das, was Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben.

Sie sind doch für die Krise der WestLB verantwortlich, weil Sie nicht vernünftig kontrolliert haben, weil Sie diese Boni-Banker haben machen lassen, was sie die ganze Zeit gemacht haben, nämlich sich die Taschen vollzustopfen. Diese Politik haben Sie zugelassen.

Und Sie haben zusätzlich noch schwarze Kassen zum Beispiel beim BLB angelegt, die wir nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen erst einmal aufgelöst haben. Das war die Politik, die wir als Linke ganz maßgeblich mit vorangetrieben haben.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir brauchen endlich eine andere Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte endlich beenden. Ich appelliere noch einmal sehr deutlich an SPD

und Grüne, endlich diese notwendigen Initiativen mit uns zusammen voranzutragen.

Und wir müssen nicht nur die Erbschaftsteuer erhöhen, eine Millionärssteuer einführen und Dergleichen mehr, sondern auch die Änderung der Grunderwerbsteuer, die 450 Millionen € in die Kassen von Nordrhein-Westfalen spülen würde, voranbringen und sie hier in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Wir sind auch dafür, weitere Betriebs- und Steuerprüfer einzustellen, damit dieses Vollzugsdefizit in Nordrhein-Westfalen endlich beendet wird. Auch hier machen wir weiter Druck. Die Linke hat da eine klare Haltung.

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Gucken Sie sich mal die Wahlergebnisse an – wir müssen Neuwahlen nicht fürchten, CDU, FDP und andere aber schon.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil eben während des Vortrags des Finanzministers, nach dem bestimmte Stellen geschaffen worden sind, um den Unterricht zu decken, jetzt auch nichtig seien und nicht besetzt werden könnten, der Kollege Weisbrich dazwischengerufen hat, das seien doch unabweisbare Ausgaben.

(Christian Weisbrich [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Ich hätte die Bitte, Herr Kollege Weisbrich, dass Sie dem Hohen Haus erläutern, wieso Sie meinen, dass das anders ist und diese Stellen besetzt werden können, und auf welcher Rechtsgrundlage Sie diese Aussage hier getroffen haben,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

weil wir dem gern nachgehen wollen. Ich habe den Eindruck, Sie versuchen auch hier Zweierlei: nämlich zu geißeln, wo Schulden gemacht worden sind, sich aber dort einen schlanken Fuß machen, wo Sie selber gern Stellen im Schulbereich besetzt hätten.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Gegenruf von Manfred Palmen [CDU])

Das hätten wir hier gern im Protokoll für das Hohe Haus und die Öffentlichkeit dokumentiert. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Es gibt jetzt noch weitere Wortmeldungen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die verabredeten Redezeiten überschritten sind.

(Christian Weisbrich [CDU] tritt ans Rednerpult. – Unruhe)

Die Landesregierung hat um vier Sekunden überzogen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle in der Lage sind, gemeinsam Großzügigkeit miteinander zu verabreden, damit die gerade gestellte Frage unmittelbar beantwortet werden kann. – Dazu hat jetzt der Kollege Weisbrich die Gelegenheit. Bitte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Eins, zwei, drei, vier!)

Christian Weisbrich (CDU): Ich verkneife mir jede Kommentierung, sondern will nur sachlich auf das eingehen, was Frau Löhrmann eben gesagt hat. – Verehrte Frau Ministerin, Sie haben eben auf die Entfernung nicht richtig zugehört und mich auch nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt: Sie dürfen nur Ausgaben tätigen, die unabweisbar sind. – Ich habe nicht gesagt, die Stellen zusätzlich einzurichten sei unabweisbar. Das ist in der Tat nicht der Fall.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ansonsten können Sie unabweisbare Ausgaben tätigen. Und da wird der Minister beweisen müssen, was unabweisbar ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass die übrigen Fraktionen noch Redezeit hätten. Beim Blick in die Runde stelle ich aber fest, dass die Fraktionen diese Redezeit nicht mehr in Anspruch nehmen wollen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes und zugleich auch am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 30. März 2011, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und viel Vergnügen in den Anhörungen und Sitzungen, die jetzt noch stattfinden.